

# nachrichten

## Aung San Suu Kyi im Schan-Staat

Auf ihrer vierten Reise außerhalb der Hauptstadt unternahm die Oppositionsführerin eine neuntägige Reise in den Schan-Staat. Zum ersten Mal seit Beendigung ihres Hausarrestes im Mai 2002 benutzte sie dazu ein Flugzeug. Wie bei früheren Besuchen eröffnete sie neue Büros der National

League for Democracy (NLD) und sprach mit Mitgliedern der Partei. In einer Rede in Taunggyi vor 2000 Zuhörern entschuldigte sie sich für die zögerliche Haltung der ethnischen Burmanen bei der Festigung der nationalen Einheit des Landes. Ihre Partei hat im Schan-Staat einer schweren

Stand. Bei den Wahlen von 1990 hatte hier die Shan National League for Democracy die meisten Sitze erhalten.

Zur gleichen Zeit hielt sich der Stellvertretende Vorsitzende der Junta, General Maung Aye, in der Region auf.  
vgl. *Irrawaddy* 19. und 21.11.2002

## Junta gibt Vergewaltigungen zu

Die burmesische Junta hat gegenüber dem Menschenrechtsbeauftragten der UN für Burma, Paolo Sergio Pinhero, bei dessen letzten Besuch zugegeben, dass Vergewaltigungen von Shan-Frauen vorgekommen sein könnten. Pinhero, der gerade von einem elftägigen Besuch in Burma zurückkam, wo er Top-Mitglieder des Regimes getroffen hatte, reiste nach Chiang Mai, um die Anschuldigungen der systematischen Vergewaltigungen Hunderter von Shan-Frauen und Mädchen durch burmesische Soldaten zu untersuchen.

»Pinhero sagte uns, dass während der Gespräche mit den burmesischen Behörden zugegeben worden war, dass die Vergewaltigungen passiert sein könnten. Aber sie hätten zurückgewiesen, dass es systematisch passiert ist«, so Hseng Naung, Sprecherin der

Shan Women's Action Network (SWAN) gegenüber AFP. Der Bericht, der im Mai von SWAN (mit Sitz in Thailand) und der Shan Human Rights Foundation (SHRF) veröffentlicht worden war und 625 sexuelle Übergriffe dokumentiert, hat einen internationalen Aufschrei verursacht. Die Vorwürfe waren von der Militärregierung in Rangun wiederholt zurückgewiesen worden.

Die Junta hat Pinhero eingeladen, in die Shan-Gebiete zu reisen, um die Anschuldigungen zu untersuchen. Der Gesandte hatte das Angebot abgelehnt mit der Begründung, nicht genügend Zeit für eine umfassende Untersuchung zu haben. Pinhero hatte sich auch mit anderen Gruppen ethnischer Minderheiten getroffen, um sich einen Überblick über ihre Menschenrechtssituation zu verschaffen.

»Wir hatten die Chance, ihm alles zu erzählen, was er wissen wollte«, so Hseng Naung. »Es war ein sehr positives Treffen.« Sie fügte hinzu, dass Mitglieder von Pinheros UN-Team in die thailändischen Provinzen Tak und Kanchanaburi, mit Grenzen zu Burma, reisen wollten, um Menschenrechtsfragen zu untersuchen. Es war nicht klar, ob sie versuchen wollten, mit den Vergewaltigungsopfern zu sprechen, von denen viele über die Grenze nach Thailand geflohen waren.

Burmas Junta hatte gehofft, dass Pinheros Besuch dazu beitragen könnte, ihr schlechtes Image in Sachen Menschenrechte, das durch die Berichte von den Vergewaltigungen erneut bestätigt worden war, zu verbessern.

vgl. *AFP*, 29.10.2002

## Harte Urteile im Putschversuchsprozess

Am 26. September 2002 wurden der Schwiegersohn und drei Enkel des früheren Staatschefs Ne Win von einem Gericht in Rangun wegen Hochverrats zum Tode verurteilt. Sie waren im März unter der Anklage, einen Putsch geplant zu haben, verhaftet worden. Alle vier Angeklagten hatten sich für nicht schuldig erklärt. Einer der Enkel wurde außerdem wegen Wirtschaftsverbrechen zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Am 12. November wurde über eine Berufung gegen das Urteil verhandelt. Beobachter gehen davon aus, dass die Strafen früher oder später in lebenslange Haftstrafen umgewandelt werden.

Gegen neun Soldaten, die das Grundstück der Ne Win-Familie zu bewachen hatten, wurden wegen Beihilfe Gefängnisstrafen von 15 Jahren verhängt.

Die Tochter Ne Wins, Sandar Win, Ehefrau eines der Angeklagten und Mutter der drei anderen, war vorher auch verdächtigt worden, in die Putschpläne verwickelt gewesen zu sein. Sie steht seitdem unter Hausarrest. Anklage ist aber nicht erhoben worden. Das spricht dafür, dass die Junta sich mit dem Prozess öffentlich von Ne Wins Familie und besonders von den wegen ihrer Willkür höchst unbeliebten jungen Männern distanzieren will, dass aber Ne Win selbst, der sehr an seiner Tochter hängt, geschont werden soll. Es gibt starke Zweifel, ob wirklich ein ernsthafter Putsch vorbereitet worden ist.

vgl. *BBC* 26.9.2002; *DVB* 30.10. und 12.11.2002

## Anwesenheit des Roten Kreuzes gefordert

Der UN-Menschenrechts-Gesandte Paolo Sergio Pinhero drängte die burmesische Junta, dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) zu erlauben, Burmas Brennpunkte zu überwachen, in denen Menschenrechtsverletzungen begangen worden sein sollen. Pinhero sagte, das IKRK könnte die humanitäre Situation auf regelmäßiger Basis untersuchen, an die Regierung berichten und Wege aufzeigen, um die Sicherheit und den Schutz der Zivilbevölkerung sicherzustellen.

Der Gesandte, der Burma zum vierten Mal besucht hat, sagte, dass das IKRK bereits eng mit der Junta zusammenarbeitet und 200 Besuche in 80 Gefängnissen gemacht hat,

seitdem es vor zwei Jahren die Erlaubnis bekommen hatte, im Land zu arbeiten.

Pinhero führte weiter aus, dass er während seines Besuches eine Reihe von Anschuldigungen über Menschenrechtsverstöße untersucht hätte, unter anderem Vorwürfe, dass das Regime Kindersoldaten rekrutiere.

Die US-Organisation Human Rights Watch glaubt, dass mehr als ein Fünftel der Soldaten, die in Burmas Armee dienen, unter 18 Jahre sein könnten und dass einige von ihnen gezwungen würden, sich an Gräueltaten zu beteiligen. Der Gesandte sagte auch, dass er im Laufe seiner Besuche in einigen von Burmas härtesten Gefängnissen, eine Anzahl von

Häftlingen getroffen hat, um zu untersuchen, wie sie dort behandelt werden. »Die Bedingungen in den Gefängnissen waren sehr hart, aber die Häftlinge, mit denen ich gesprochen habe — sowohl politische Gefangene als auch Studenten — sagten mir, dass sie keinen Grausamkeiten unterworfen waren.«

Die Regierung habe voll mit ihm kooperiert, so Pinhero, und niemand, mit dem er gesprochen hatte, habe sich Vergeltungsmaßnahmen gegenüber gesehen. »Das war meine Bedingung, und wenn man diese nicht erfüllt hätte, wäre ich sofort zurück zum Flughafen gefahren.«

vgl. *AFP*, 28.10.2002

## Volkskonferenz im Kachin-Staat

Vom 20. bis zum 25. Oktober 2002 fand in Laiza eine Konferenz verschiedener Gruppen der Kachin statt. Darunter waren auch Gruppierungen, die sich früher bekriegt hatten. Ziel der Konferenz war es, die Lage im Blick auf das weitere Verhältnis zur Militärjunta zu diskutieren.

Es wurde eine sechs Punkte umfassende Erklärung verabschiedet und ein Komitee gewählt, dass weitere Schritte beraten und gegebenenfalls mit der Junta verhandeln soll. Umstritten war Punkt fünf der Resolution, in dem die Junta aufgefordert wurde, so schnell wie

möglich eine Nationalversammlung einzuberufen, da dies als eine Unterstützung der Junta verstanden wurde. Die hatte 1993 eine solche Versammlung einberufen, deren Arbeit nach dem Austritt der NLD Aung San Suu Kyis allerdings seit Jahren ruht. *vgl. DVB 26.10.2002*

## Dialog — Abbruch oder Durchbruch?

Die letzten Besuche der beiden UN-Sondergesandten für Burma, Pinheiro (Menschenrechte) und Ismail Razali (Politik) waren von Berichten über eine tiefe Krise der Gespräche zwischen Regierung und Opposition begleitet. Beide zeigten sich enttäuscht über den langsamen Fortschritt des Dialogs von Seiten der Regierung und erwogen in diesem Zusammenhang, ihren Auftrag zurück zu geben.

Pinheiro benannte in einem Interview mit dem Radiosender Democratic Voice of Burma fünf »fundamentale Bedingungen« für einen glaubhaften Übergang zur Demokratie: »Einbeziehung aller Teile der Bevölkerung in den politischen Dialog, sofortige und bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen, Aufhebung der Beschränkungen, die die Arbeit der politischen Parteien – deren Angehörige und als Organisationen – immer noch behindern, sowie

explizite Diskussion einer politischen Demokratisierung, die nicht ohne freie Wahlen geschehen kann und die Untersuchung von Verbrechen, die von staatlichen Stellen begangen wurden, durch Gerichte.«

Pinheiro dementierte den Bericht einer burmesischen Zeitung, in dem behauptet wurde, er habe die internationale Gemeinschaft zu einer Verstärkung ihrer humanitären Hilfe für das Land aufgerufen.

Zum Verlauf der Gespräche zwischen Regierung und Opposition befragt, verneinte der Gesandte die Frage, ob sie zum Stillstand gekommen seien. Er habe aber nach der Freilassung Aung San Suu Kyis schnellere Fortschritte erwartet. Ähnlich äußerte sich Razali nach seinem neunten Besuch im Lande Mitte November 2002. Die Regierung habe ihm im August baldige Fortschritte substantieller Gespräche versprochen. Er habe

darunter einen Zeitraum von einigen Wochen verstanden. Bis jetzt hätten nur Gespräche auf unterer Ebene stattgefunden, der nötige Dialog habe noch nicht begonnen.

Razali sagte weiter, er werde seine Tätigkeit fortsetzen. Ein nächster Besuch wurde für Januar 2003 ins Auge gefasst. Bis dahin erwartet der Diplomat die Freilassung von 200 politischen Gefangenen. Über hundert Gefangene – die bisher größte Zahl zu einem Zeitpunkt freigelassener – wurden kurz nach seiner Abreise entlassen. Außerdem schlug Razali vor, die Nationalversammlung zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung wieder einzuberufen. Die Regierung Burmas bewertete den Besuch Razalis positiv. Ein Regierungssprecher dankte dem Diplomaten für seine Tätigkeit.

*vgl.: DVB 5.11.2002; Reuters 16.11.2002, AFP 19.11.2002, AP 21.11.2002*

## Humanitäre Hilfe nutzt der Junta

Nach Einschätzung der Altsean-Burma, einer alternativen ASEAN-Organisation mit Sitz in Bangkok, wird sich die burmesische Junta an Millionen von US-Dollar bereichern, die durch die UN und die humanitären Organisationen, die in Burma arbeiten, ins Land fließen werden. In einem Bericht werden die UN-Agenturen und die internationalen NGOs, die in Burma tätig sind, scharf kritisiert. Über sie würde die Junta Millionen von Dollar direkt in die eigenen Taschen fließen lassen ohne die Menschenrechtssituation zu verbessern oder den politischen Dialog mit der Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi voranzutreiben. Laut des Berichtes bestehe auch die Gefahr von

Bestechung innerhalb dieser Organisationen.

»Die meisten der Humanitären Organisationen (UN ebenso wie die NGOs) wollen nicht über Menschenrechte sprechen, da es bedeutet, dass man die politischen Verwicklungen ihrer Arbeit überprüft«, so Debbie Stothard, die Altsean-Burma-Koordinatorin.

Der Bericht fand heraus, dass für jeden US-Dollar, der für UN-Agenturen in Rangun bestimmt ist, zwischen 40 und 60 Cents automatisch dem Regime zufließen, da UN-Agenturen einen Wechselkurs für den Dollar akzeptieren, der unter dem Marktkurs liegt. »Bessere Kontrolle ist die Antwort auf Burmas humanitäre Krise«, sagte Bur-

mas Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi in einem Interview mit Altsean-Burma im August 2002. In Burma arbeiten einige Regierungs-NGOs (GNGO), doch sie fungieren eher als Verlängerung des militärischen Staatsapparates denn als Humanitäre Organisationen.

»Die internationalen NGOs tun nicht genug, um unabhängige NGOs in Burma zu fördern, doch wir brauchen mehr unabhängige Organisationen«, so Stothard. Humanitäre Hilfe ist in Burma dringend notwendig. Doch die politische Stagnation seit der Entlassung Suu Kyis aus dem Hausarrest im Mai dieses Jahres und die fortlaufenden Ausgaben für das Militär auf Kosten von Ausbildung und

# nachrichten

## Ersatzparlament erweitert

Im September 1998 wurde von den Siegern der Parlamentswahlen von 1990 das Komitee zur Vertretung des Volksparlaments (CRPP) gegründet. Das aus zehn Personen bestehende Komitee sollte den Willen der Wähler gegenüber der Militärjunta vertreten und hatte in einem seiner ersten Akte die Gesetze und Verordnungen der Junta für illegitim erklärt, sofern sie nicht die Zustimmung des Gremiums erhielten. Auf die damalige Gründung hatte das Militär mit Verhaftungen reagiert.

Nun wurden drei neue Mitglieder kooptiert, die aus verschiedenen ethnischen Gruppen des Landes — Mon, Schan und Chin — stammen und damit die ethnische Basis des Komitees verbreitern.

*vgl. Asian Tribune 25.10.2002*

anderen humanitären Fragen lässt viele glauben, dass die Zeit noch nicht reif dafür ist, humanitäre Hilfe wieder aufzunehmen.

Großbritannien hat vor kurzem beschlossen, 15 Millionen US-Dollar für den Kampf gegen HIV / Aids über UN-Agenturen zu spenden. Im Oktober gewährte Japan 764 Millionen Yen (6,1 Millionen US-Dollar) für ein Wiederaufbauprogramm und für Stipendien für Studenten.

Im Moment arbeiten 30 NGOs und zwei Rot-Kreuz-Organisationen in Burma.

[Der Bericht »Peace of Pie« ist zu finden unter <http://www.ibiblio.org/obl/docs/peaceofpie.htm>]

*vgl. Irrawaddy, 17.10.2002*